

Was die Pädophilie mit der grünen Politikdoktrin zu tun hat

## Schmierige Strukturen

Von Gerd Held

Ein verbreitetes Vorurteil geht dahin, dass der sexuelle Missbrauch von Kindern durch autoritäre, dogmatische und damit im Grunde „vormoderne“ Verhältnisse verursacht wird. Tatsächlich scheinen die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche in dies Bild zu passen. In einer tabulos-selbstbestimmten Gesellschaft hingegen müsste, wenn es nach diesem Vorurteil geht, der Missbrauch entsprechend abnehmen. Er wäre also im Grund ein Phänomen der Vergangenheit. Die Zahlen der Missbrauchsfälle und die Ausbreitung der Kinderpornographie sprechen allerdings eine andere Sprache. Auch der Fall Edathy und das Täterprofil, das dort sichtbar wurde („Where is the fucking problem?“) deutet auf eine zweite, neuere Grundlage des Kindesmissbrauchs hin: Wo Bindungslosigkeit und Entgrenzung herrschen, eröffnet sich dem Missbrauch ein neues, „postmodernes“ Spielfeld.

Diesen Hintergrund muss man im Auge haben, wenn man die jüngste Selbstkritik der grünen Partei in Sachen „Kindesmissbrauch“ betrachtet. Das demonstrative „Schämen“, das bei Vorlage des Berichtes des Berliner Landesverbandes am 20.5.2015 geübt wurde, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Grünen das Problem als Ereignis der Vergangenheit behandeln. Die Frage, ob es einen inneren Zusammenhang mit dem Politikansatz der Grünen gibt, wird nicht gestellt. Auf der Pressekonferenz war vom „institutionellen Versagen“ der Grünen die Rede. Doch wer das ernst nahm, sah sich getäuscht. Mitnichten wurden irgendwelche institutionellen (programmatischen, strukturellen) Eigenschaften der grünen Partei benannt, die den Kindesmissbrauch beförderten. Der Missbrauch, der mit einer kaum glaublichen Systematik und kriminellen Energie betrieben wurde (siehe dazu das Interview

mit der ehemaligen Kreuzberger Sozialarbeiterin Frauke Homann in der FAZ vom 21.5.2015), erscheint so als das Werk von Einzelnen. Haben also diese Einzelnen auch die Grünen missbraucht? Fast möchte es so scheinen. Jedenfalls wird die Affäre an keiner Stelle zum Anlass genommen, die Grundlagen des grünen Parteiprojekts zu überprüfen.

Dabei läge das eigentlich nahe. Sexuelle Kontakte zwischen Erwachsenen und Kindern wurden ja nicht heimlich im Hinterzimmer praktiziert, sondern sie wurden als Teil einer umfassenden sexuellen Befreiung (und einer entsprechenden Befreiungspädagogik) verstanden. Auf dieser Basis fanden sie Eingang in die Parteiprogrammatik. Sie gehörten schon in den 70er Jahren zur sexuellen „Vielfalt“, in deren Namen die Grünen gegen die sogenannten „Altparteien“ polemisierten. Die pädophilen Bestrebungen passten also zur Identität der Grünen, die sich als Vertreter einer „freieren“ Sexualität und einer „tabulosen“ Erziehung profilieren wollten. Alles, was geeignet erschien, die Erziehungs- und Bildungsformen von Kindergärten und Schulen als „Unterdrückung der Kinder“ erscheinen zu lassen, wurde begierig aufgegriffen. Diese Grundrichtung der Grünen schuf das geistige Klima, in dem Intimverkehr von Erwachsenen mit Kindern als wünschenswert dargestellt werden konnte. So entstanden bei den Grünen die Räume, in denen sich die Kinder-Missbraucher frei bewegen konnten. Mehr noch: Wer dagegen auf Versammlungen Einwände erhob, musste mit heftigsten Angriffen von Seiten der grünen Mehrheitsmeinung rechnen. Er wurde als „Reaktionär“ und Handlanger des „repressiven Staates“ in die Ecke gestellt – und zwar nicht nur von interessierten Minderheiten, sondern vom „bunten“ Gesamtspektrum der Grün-Alternativen.

Hier sprach der antistaatliche Grundkonsens, auf dem sich alle Gruppen unter dem Dach der Grünen zusammenfanden.

Zu diesem Grundkonsens gehörte ein Heilsversprechen. Der Intimverkehr mit Erwachsenen würde den Kindern, so lautete die Behauptung, den Weg zu einem tabulosen, entspannten Umgang mit ihrer Sexualität eröffnen. Der pädophile Diskurs bestand ja nicht einfach in der Aufforderung, sich rücksichtslos an den Kinder zu befriedigen. Die „Erzählung“, die hier um den Intimverkehr mit Abhängigen gewoben wurde, besagte, dass das zum Besten des Kindes geschehen würde. Dass es eine „natürliche Neigung“ der Kinder in diese Richtung gäbe. Dass sie es selber „eigentlich“ wollten. Diese pädophile Legitimierung des Kindesmissbrauchs ist kein autoritäres Diktat, sondern buchstäblich eine „schmierige“ Legitimierung: Es wird eine zweideutige, klebrig-schwüle Situation geschaffen, in denen es den Objekten der Begierde schwerfällt, „Nein“ zu sagen. Es ist dort strukturell unmöglich, sich gegen Übergriffe zu wehren.

Wollten sich die Grünen ernsthaft mit dieser Affäre auseinandersetzen, müssten sie sich mit diesem strukturellen Zusammenhang befassen. Hier liegt ihre Verantwortung. Sie haben die Grauzone klebriger Zweideutigkeit zum Raum der Emanzipation verklärt: Die Unübersichtlichkeit der Beziehungen und die Undurchschaubarkeit der Machtverhältnisse, die unter dem Label „egalitär“ verborgen wird, soll angeblich gut für die Schwachen und Verletzlichen sein. Sie sollen aus diesen Verhältnissen gestärkt und befreit hervorgehen. Solche Heilsbotschaften sind längst widerlegt. Die Geschichten von missbrauchten Kindern, die ihre Hilflosigkeit in intimsten Bereichen erfahren mussten und für ihr Leben schwer geschädigt wurden, sind bekannt. Der romantische Lack der pädophilen Anarchie ist ab. Ihre schäbigen Profiteure sind auf Tauchstation (und werden im Bericht der Grünen nicht beim Namen genannt). Doch schwerer wiegt, dass der strukturelle Mechanismus der Grauzone im Verborgenen bleibt. Der ethische Grund-

satz, dass der Mensch nie als Mittel zu Zweck benutzt werden darf, wird gerne zitiert. Aber dass hier nicht nur diejenigen die Täter sind, die direkt Missbrauch treiben, sondern auch diejenigen, die undurchschaubare, entmündigende, manipulierbare Umstände einrichten und da hinein Menschen versetzen – dies Eingeständnis wird tunlichst umgangen.

Hier geht es um den Kern des grünen Parteiprojekts. Es sind nicht nur ein paar böse Menschen, die schmierige Strukturen eingerichtet haben. Es ist die grüne Partei insgesamt. Sie hat eine spezifische Neigung zur Grauzone. Der Pädophilen-Skandal der Grünen ist der Skandal einer Partei, die außergesetzliche Zustände mit Heilsversprechen legitimiert und die eigenen Netzwerke über die staatlichen Institutionen stellt.

Wird die Affäre so verstanden, wird sie auf einmal hochaktuell. Gegenwärtig gibt es einen neuen Grauzonen-Schub. Wir erleben eine forcierte Sexualisierung der Kindheit, die den Anknüpfungspunkt für die neuen „postmodernen“ Formen des Kindesmissbrauchs bildet. Zu dieser Forcierung gehören auch die sich häufenden Versuche, sexuelle Präferenzen und Praktiken möglichst früh in Schulen (bald auch in Kindergärten?) zu behandeln. Ganz vorne mit dabei sind wiederum die Grünen, oft in dem Bestreben, Sonderformen der Sexualität (Homosexualität und Transsexualität) möglichst frühzeitig den Kindern nahezubringen. Im grün regierten Baden-Württemberg sollen nun Achtklässler darüber nachdenken, welche sexuelle Orientierung sie sich zulegen wollen und welche „Praktiken“ zur Auswahl stehen. Man drängt sie in eine Situation, die ihrer Erlebensfähigkeit weit vorgreift. Die Nähe zur pädophilen Fremdbestimmung ist unübersehbar.

Aber auch bei anderen Grauzonen ist die grüne Partei wieder ganz vorne mit dabei. Da wird die Freigabe von Drogen gefordert – und das haargenau mit jener Doktrin „Freigabe schafft Selbstbestimmung“, die die Menschen in Situationen versetzt, die sie nicht kontrollieren können. Und auch in

der Migrationspolitik haben sich die Grünen auf die Seite derer gestellt, die um jeden Preis Begrenzungen und Kontrollen abschaffen und umgehen wollen. Sie schaffen damit jene Freischärler-Räume, in denen die Dreisten und Gewalttätigen im Vorteil sind und die Schwächeren auf der Strecke bleiben. Von Machtverhältnissen aber will die „Willkommenskultur“ nichts wissen – ganz so, wie sich die Grünen schon die Pädophilie schöngeredet haben.

Der Politikansatz der Grünen, anarchisch-undurchschaubare Strukturen zu Räumen der Emanzipation zu verklären (und als Basis eigener Macht zu nutzen), ist durch den Pädophilie-Skandal also nicht

wirklich erschüttert. Das ist an jenem Ort zu besichtigen, der schon Ende der 70er Jahre der Hot-Spot des grünen Pädophilie-Skandals war: in Berlin-Kreuzberg, wo eine grüne Bezirksbürgermeisterin regiert und wo der Wahlkreis des Bundestagsabgeordneten Ströbele liegt. Die Zustände im Görlitzer Park (Drogenhandel) und auf dem Gelände der ehemaligen Gerhard-Hauptmann-Realschule (unbefristete Duldung illegaler Migration) gleichen bis ins Detail jenen Zuständen und Winkelzügen, die die ehemalige Sozialarbeiterin Frauke Homann von der Pädophilie-Szene Ende der 70er Jahre berichtet.

*(erschieden am 28.5.2015 auf den Internet-Plattformen „Die Achse des Guten“ und „Tichys Einblick“)*